

EU-Nachrichten 17 2018

KURZ & KNAPP

UN-Klimakonferenz 3

Kommission kündigt langfristige Strategie an

IM FOKUS

Supercomputer 5

Neues EU-Gemeinschaftsunternehmen soll Hochleistungsrechner entwickeln

Ausstellung ARTEFAKTE 6

Brücke zwischen Kunst und Wissenschaft

NEUE CO2-GRENZWERTE

Autos in der EU müssen klimafreundlicher werden

Die in der EU verkauften Autos werden bis 2030 deutlich weniger CO₂ ausstoßen. Das ist sicher, nachdem sich nach dem Europäischen Parlament auch die EU-Umweltminister für einen strikteren Grenzwert ausgesprochen haben. Der Ministerrat will, dass die 2021 geltenden Grenzwerte für Pkw bis 2025 um 15 Prozent und bis 2030 um 35 Prozent gesenkt werden. Für leichte Nutzfahrzeuge (Vans) soll 2030 ein Minderungsziel von 30 Prozent gelten.

Das Parlament will bei Pkw und Vans bis 2030 eine CO₂-Minderung von 40 Prozent vorschreiben, das Zwischenziel für 2025 soll 20 Prozent lauten. Die Minderungsziele können im Flottendurchschnitt geringer sein, wenn der Anteil von Elektroautos oder anderen emissionsarmen Fahrzeugen bestimmte Schwellenwerte überschreitet. Auf den genauen Text der EU-Verordnung müssen sich Europaparlament und Ministerrat noch einigen. Auch für CO₂-Grenzwerte für Lkw liegt ihnen ein Vorschlag der EU-Kommission vor.

Weniger CO₂ bei Neuwagen



Beim 1000. Bürgerdialog der EU-Kommission in seiner Amtszeit stellte sich deren Präsident Juncker selbst den Fragen im Konzerthaus von Freiburg.

JUNCKER BEIM 1000. BÜRGERDIALOG

EU mit Verstand und dem Herzen aufbauen

Bei aller Diskussion darüber, wie die Europäer die großen geopolitischen Herausforderungen der Zukunft meistern können, sollten sie nicht vergessen, zu welchem erfolgreichem Projekt sie die EU bereits gemacht haben. Das betonten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann beim 1000. Bürgerdialog der EU-Kommission in Freiburg.

> Aufgaben wie Klimaschutz, faire Gestaltung des Welthandels, Konfliktprävention, Migration oder Entwicklung der digitalen Wirtschaft könnten die Europäer nur zusammen lösen. Am Ende des Jahrhunderts würden die Europäer nur noch 4 Prozent der Weltbevölkerung stellen. „Wenn wir nur so wenige sind, müssen wir zusammenstehen“, sagte Juncker. „Und dann brauchen wir das, was ich Weltpolitikfähigkeit nenne. Wir sind wirtschaftliche Riesen, sind aber diplomatische Zwerge“, erklärte er und forderte deshalb auch in der Außenpolitik mehr Mehrheitsentscheidungen im Kreis der Mitgliedstaaten. „Es gibt berechnete Kritik an der Europäischen Union und der muss man sich stellen“, sagte Juncker. Da-

bei dürfe man aber nicht blindlings Populisten nachlaufen. „Man muss sich gegen den Populismus, gegen den bornierten Nationalismus, gegen den fehlgeleiteten Patriotismus zur Wehr setzen“, so Juncker.

Die Erzählung von der EU als Raum der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands und als Mittel, sich im globalen Gefüge großer wirtschaftlicher und politischer Mächte zu behaupten, „müssen wir immer wieder auffrischen“, sagte Kretschmann. „Der Zuwachs an Wohlstand in den letzten 70 Jahren ist eigentlich unvorstellbar, wenn man sich erinnert, wie das Leben auf den Dörfern war“, so Kretschmann. >>



Der Bürgerdialog mit Ministerpräsident Kretschmann (links) und Kommissionspräsident Juncker (rechts) wurde vom Herausgeber der Badischen Zeitung, Thomas Hauser, moderiert.

>> Juncker erinnerte anhand seiner eigenen Familiengeschichte daran, welche immense Aussöhnungs- und Friedensleistung die Kriegsgeneration erbracht habe. „Man hält vieles, was wir erreicht haben, für selbstverständlich. Aber das Wichtigste, das wir erreicht haben, nämlich Frieden auf unserem Kontinent, ist so selbstverständlich nicht“, sagte Juncker. „Europa ist nicht nur eine Idee, sondern eine Herzensangelegenheit“, betonte er.

Die Bürgerinnen und Bürger in Freiburg stellten beiden Politikern unter anderem Fragen zur Bildungspolitik, zu sozialer Ungleichheit, zur Agrar- und Klimaschutzpolitik, zur gerechten Besteuerung internationaler Konzerne und zur Entwicklung der Währungsunion, zum Brexit und zur Migrationspolitik. Zu letzterer sagte Juncker, auch hier sei ein gemeinsames und solidarisches Handeln der EU-Staaten nötig: „Wir brauchen ein gerütteltes Maß an mehr Solidarität in Europa. Man hat anlässlich der Flüchtlingskrise gemerkt, dass es an Solidarität in Europa mangelt.“ Migrationsursachen beseitigen helfen könne die von ihm vorgeschlagene gleichberechtigte Wirtschaftspartnerschaft mit Afrika.

Die EU könne nicht „Zufluchtsort für alle Flüchtlinge dieser Welt“ sein, und die Migranten hätten auch keinen Anspruch, sich auszusuchen, in welches EU-Land sie wollen, sagte Juncker, aber was die EU zu bewältigen habe, sei nur „ein Klacks“ gegen die Integrationsaufgabe armer Länder wie Jordanien oder Libanon. Dort machten Flüchtlinge ein Viertel der Bevölkerung aus.

Der Kommissionspräsident bekräftigte, dass die soziale Dimension der EU gestärkt werden müsse. Sozialleistungen in gleicher Höhe würden sich angesichts der großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten nicht erreichen lassen, aber diese müssten Probleme „mit denselben Instrumenten“ anpacken, etwa durch Einführung von Mindestlöhnen und anderen Mindeststandards. Für die Agrarpolitik nach 2021 strebt Juncker an, kleine Bauernhöfe stärker zu fördern. „Der ländliche Raum lebt hauptsächlich von Klein- und Familienbetrieben“, sagte er. Zur Stabilisierung des Euro müssten die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker verzahnen. Daran arbeite die Kommission „pausenlos“.

Fremdsprachen öffnen neue Kulturräume

Juncker plädierte dafür, dass jeder EU-Bürger mindestens zwei Fremdsprachen lernen soll. Dadurch eröffne sich der Zugang zu neuen Kulturräumen und zur Vielfalt Europas. Die Mobilität der Europäer solle auch durch die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, durch die Nutzung von Interrail und das EU-Austauschprogramm Erasmus+ weiter gefördert werden. „Wenn junge Menschen in anderen Ländern studieren, dann entsteht vieles an Vorurteilen nicht, dass es zur Zeit noch an Vorurteilen gibt“, sagte Juncker.

Die Veranstaltung in Freiburg war der 1000. Bürgerdialog der EU-Kommission seit Junckers Amtsantritt. Ihre Zahl hat noch zugenommen, seit die Kommission im März 2017 ein Strate-

giepapier mit möglichen Optionen zur künftigen Entwicklung der EU vorgelegt hat. Die öffentlichen Diskussionen darüber sollen den Weg bereiten für einen EU-Sondergipfel im Mai im rumänischen Sibiu. Dort wollen vor der Europawahl die EU-Führungsspitzen eine Selbstverpflichtung für eine EU abgeben, die sich für die Themen einsetzt, die für die Menschen wirklich wichtig sind.

Persönliche Einladungen zum Dialog

Auch Baden-Württemberg hat sich an den Diskussionen mit einem „Europadialog“ beteiligt. Neben Experten- und Fachforen sowie verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen gab es in Rastatt, Bad Mergentheim, Tuttlingen, Ravensburg, Freiburg und Stuttgart intensive Kleingruppen-Dialoge mit zufällig aus dem Melderegister ausgewählten und eingeladenen Bürgern. Zwar seien die Gruppen nicht repräsentativ für die Bevölkerung, doch bilden sie nach Ansicht der für die Bürgerdialoge zuständigen Staatsrätin Gisela Erler das Meinungsspektrum besser ab als Diskussionen mit organisierten Interessensgruppen oder bei offenen Veranstaltungen.

Im Detail hätten die Bürger an der EU einiges zu kritisieren aber „die Menschen wollen eine starke EU“, bilanzierte Erler. Sie sähen die EU als Garantie für ihre ökonomische Zukunft, ein Leben in Wohlstand zwischen den Großmächten China und USA und für Werte wie Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Solidarität und Toleranz. Die EU solle sich um eine einheitliche Maut, die einfache Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Investitionen in ärmeren Mitgliedstaaten oder die faire Besteuerung der Digitalwirtschaft kümmern. Auch die Forderung nach einem EU-Außenminister und einer einheitlichen Armee „kommt immer“, berichtete Erler. (frh) >

1000. EU-Bürgerdialog

Regionale Vielfalt erhalten

Die regionalen Eigenheiten etwa der Baden-Württemberger, Friesen, Wallonen oder Schotten sollen in der EU unbedingt erhalten bleiben, bekräftigte EU-Kommissionspräsident Juncker. Diese werde niemals zu einer Art Staat, zu „Vereinigten Staaten“ wie die USA werden. „Das wollen die Menschen nicht“, sagte Juncker.

VORBEREITUNG DER UN-KLIMAKONFERENZ

Langfristige EU-Klimaschutzstrategie in Arbeit

Die Unterzeichnerstaaten des UN-Klimaschutzabkommens von Paris müssen sicherstellen, dass sie die von ihnen angepeilten Ziele erreichen und ihren Ehrgeiz steigern, „um eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft so bald wie möglich in diesem Jahrhundert zu erreichen“. Das erklärten EU-Klimaschutz- und Energiekommissar Miguel Arias Cañete und Forschungskommissar Carlos Moedas in Reaktion auf den Bericht des Weltklimarates IPCC. In diesem heißt es, dass die mit dem Pariser Abkommen angepeilte Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau notwendig sei, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Die über 200 Wissenschaftler sagen, dass dieses Ziel noch erreichbar sei, wenn sofort alle derzeit verfügbaren Klimaschutzinstrumente genutzt werden.

Cañete und Moedas kündigten für November eine neue, langfristige Klimaschutzstrategie der EU-Kommission für die Zeit nach 2030 an.

„Das wird eine umfassende Vision zur Modernisierung unserer Wirtschaft, unserer Industrie und unserer Finanzwirtschaft“, erklärten die Kommissare. Eine entscheidende Rolle beim Klimaschutz spielen Forschung und Innovation. Beide unterstrichen, die Kommission wolle von 2021 bis 2027 insgesamt 35 Prozent der Mittel des EU-Forschungsprogramms „Horizont“ für die Entwicklung von Klimaschutztechnologien für die Wirtschaft einsetzen. Vom 2. bis 14. Dezember findet im polnischen Katowice die nächste UN-Klimaschutzkonferenz statt. Die EU hat sich im Rahmen des UN-Abkommens verpflichtet, bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

■ *Kommission begrüßt UN-Klimabericht*



© Shutterstock

RECHNUNGSHOFBERICHT

Gutes Zeugnis für den EU-Haushalt 2017

Der Europäische Rechnungshof hat das EU-Haushaltsmanagement positiv bewertet. Der weit überwiegende Teil der 2017 getätigten Ausgaben sei richtig eingesetzt worden und die geschätzte Fehlerquote deutlich auf 2,4 Prozent gefallen, stellten die Prüfer in ihrem Jahresbericht 2017 fest. 2016 hatte sich die Fehlerquote auf 3,1 Prozent belaufen und 2015 auf 3,8 Prozent. Hätten die nationalen Behörden die ihnen in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellten Informationen vollständig genutzt, hätte die Fehlerquote nach Einschätzung des Rechnungshofs sogar unter dem Zielwert von 2 Prozent liegen können, so der Bericht.

Unregelmäßigkeiten bei der Mittelverwendung gibt es laut Rechnungshof vor allem dann, wenn Zahlungen auf Basis der Angaben von Begünstigten über zuvor entstandene Kosten erfolgen. Kostenerstattungen aus dem EU-Haushalt erfolgen unter anderem in den Bereichen Entwicklung des ländlichen Raums und Kohäsion, bei Forschungs- und Fortbildungsprogrammen sowie Entwicklungshilfeprojekten. „Der Bericht belegt, dass wir unser Geld gut verwenden“, erklärte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger. „Der EU-Haushalt mag bescheiden sein, aber für Millionen Europäerinnen und Europäer bewirkt er große Veränderungen“, sagte er.

■ *Rechnungshof billigt EU-Jahresrechnung*

ANPASSUNG AN NEUE TECHNOLOGIEN

Neue Regeln für audiovisuelle Mediendienste

Für Video-Abrufdienste und Video-Plattformen wie Netflix oder Youtube gelten künftig die gleichen Regeln für Inhalte und Werbung wie für herkömmliche Rundfunksender. Das Europäische Parlament hat der Neufassung der EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste zugestimmt, über die es auch Einigkeit mit den Mitgliedstaaten gibt. Durch die Reform werden die Vorgaben an das digitale Zeitalter angepasst. So sollen auf allen Kanälen künftig die gleichen Regeln für die Darstellung von Gewalt und Pornographie, zum Verbot von Hassreden und Terrorpropaganda sowie zum Jugendschutz gelten. Kindern darf weniger Werbung für ungesunde Lebensmittel oder Getränke angezeigt werden. Produktplatzierung und Teleshopping werden in Kinderprogrammen verboten.

Um europäische Film- und Videoproduktionen zu fördern, wird künftig vorgeschrieben, dass diese im Programm von den Fernsehkanälen und Online-Plattformen, die in der EU zu empfangen sind, einen Anteil von 30 Prozent haben müssen. Video-On-Demand-Plattformen werden außerdem aufgefordert, zur Entwicklung europäischer Produktionen beizutragen, entweder durch direkte Investitionen in Inhalte oder durch Beiträge zu nationalen Fonds.

■ *Richtlinie für Mediendienste überarbeitet*

MEHRWERTSTEUERRECHT ANGEPASST

E-Books und E-Papers könnten billiger werden

Das Mehrwertsteuersystem der EU wird an das digitale Zeitalter angepasst. Die EU-Finanzminister haben den Vorschlag der EU-Kommission gebilligt, ebenso wie für Printprodukte bereits üblich, auch für elektronische Publikationen ermäßigte Mehrwertsteuersätze zuzulassen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz kündigte an, er werde sich „zügig“ daran machen, für Deutschland den Mehrwertsteuersatz auf E-Books und E-Paper von 19 auf 7 Prozent zu senken. „Wir brauchen verlässliche und gut recherchierte Informationen heute dringender denn je – egal ob in gedruckter Form oder elektronisch“, sagte Scholz.

Nach der aktuellen EU-Regelung müssen elektronische Publikationen mit dem standardisierten Mindestsatz von 15 Prozent besteuert werden, während es den Mitgliedstaaten freigestellt ist, auf Printpublikationen die reduzierte Rate von mindestens 5 Prozent – und in manchen Fällen sogar keine Mehrwertsteuer – zu erheben. Die nun beschlossene neue Richtlinie sieht reduzierte Sätze für E-Publikationen vor. Extrem niedrige oder gar Nullsätze werden aber nur den Mitgliedstaaten erlaubt, die diese auch für Printprodukte anwenden. Die Regelung muss nun noch in alle Amtssprachen der EU übersetzt werden, ehe sie offiziell verabschiedet werden kann.

■ *Mehrwertsteuer für E-Books gesenkt*

Europäische Strategie für den nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen



Die Entwicklung nachhaltiger Bio-Raffinerien in der gesamten EU ist ein Bestandteil der Kommissionsstrategie.

> Bei der Bioökonomie geht es darum, statt fossiler Rohstoffe mehr biologische Ressourcen wie Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen, Biomasse, Abwasser oder Bioabfälle zu nutzen, um Nahrungs- und Futtermittel, biobasierte Produkte oder Energie zu erzeugen. Projekte gibt es viele. So können aus Lebensmittelabfällen etwa Energie, Biokraftstoffe, Viehfutter oder Düngemittel hergestellt werden. Die Bioökonomie kann helfen, die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2030 zu halbieren. Auch aus Algen, Schlacht- und Holzabfällen, Sägespänen und Stroh wird Biokraftstoff hergestellt. Cellulosebasiertes Fasermaterial dient teils als Lebensmittelverpackung und bietet eine Alternative zu Plastik. Aus Holzschaum auf Basis von Cellulose wurden in Schweden schon Fahrradhelme hergestellt, und in der Autoindustrie werden teils naturfaserverstärkte Karosserieteile und Innenverkleidungen aus Biokunststoff eingesetzt.

Wachstumsmotor für ländliche Regionen

In der Bauindustrie zeigen Studien laut Kommission, dass der Einsatz einer Tonne Holz statt Beton über den gesamten Produktzyklus hinweg CO₂-Emissionen von 2,1 Tonnen vermeidet. Auch bei der Produktion von Möbeln und Textilien, in der Chemie-, Kosmetik- und Pharmaindustrie, im Maschinenbau oder bei der Verbrauchsgüterherstellung sieht die Kommission großes Potenzial für die Bioökonomie. Im kommenden Jahrzehnt sei nahezu eine Verdopplung der Nachfrage nach biotechni-

schen Produkten zu erwarten, und bis 2030 könnten in der EU durch biobasierte Industrie bis zu einer Million neue Arbeitsplätze entstehen, heißt es in der Strategie. „Es geht auch um das enorme Potenzial für die Schaffung neuer, umweltfreundlicher Arbeitsplätze vor allem in ländlichen Regionen und Küstengebieten“, sagte Katinen.

Investitionen in die Forschung geplant

Doch ohne Investitionen lässt sich das Potenzial der Bioökonomie nicht erschließen. Einen Schlüssel sieht die EU-Kommission in Forschung und Entwicklung. Von 2021 bis 2027 möchte sie 10 Mrd. Euro aus dem EU-Forschungsprogramm „Horizont“ für den Bereich „Nahrungsmittel und natürliche Ressourcen“ einsetzen. Das Risiko privater Investitionen in die Branche will sie mit einem mit 100 Mio. Euro ausgestatteten speziellen Finanzinstrument abfedern.

Technische Lösungen, etwa zur Umwandlung von Biomasse in biobasierte Produkte, die einfach reproduzierbar sind, sollen kleinen Unternehmen über eine „Tool-Box“ zugänglich gemacht werden. Ferner könnte der Markt über die Festlegung von Standards und Gütesiegeln und die Förderung von etwa 300 neuen Bio-Raffinerien in der EU entwickelt werden. Die konkreten Vorhaben der Strategie, die 2019 angepackt werden sollen, lassen sich in drei Hauptgruppen bündeln:

Gutes Land, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt und sauberes Wasser sind unentbehrlich, um die Menschheit zu ernähren und mit bezahlbarer und sauberer Energie zu versorgen. Doch die natürlichen Ressourcen sind endlich, Raubbau, Umweltprobleme und Bevölkerungswachstum machen sie noch kostbarer. „Es liegt auf der Hand, dass es in der Art und Weise, wie wir Güter produzieren, verbrauchen und entsorgen eines Systemwechsels bedarf“, sagte Jyrki Katainen, für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständiger EU-Kommissionsvizepräsident. Mit der Aktualisierung ihrer Bioökonomie-Strategie von 2012 zeigt die Kommission Möglichkeiten auf, biologische Ressourcen nachhaltiger zu verwerten.

- > Vergrößerung des Marktes und Stärkung der Unternehmen durch Investitionsförderung.
- > Rasche Verbreitung bioökonomischer Elemente in der EU-Wirtschaft.
- > Erforschung der ökologischen Grenzen der Bioökonomie.

Deutschland liegt laut der Bundesregierung in der Bioökonomie international an der Spitze. Seit 2009 beraten Experten die Regierung im bioökonomischen Rat, 2010 wurde eine nationale Forschungsstrategie entworfen, seit 2013 gibt es eine nationale Politikstrategie zur Bioökonomie, und bis 2017 seien 2,4 Mrd. Euro öffentlicher Mittel für die Forschung in dem Bereich eingesetzt worden. Forschungszentren gibt es unter anderem in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, in Halle und in Leuna. (frh) >

Neue Bioökonomie-Strategie

Vielversprechender Markt

In der EU-Bioökonomie arbeiten laut EU-Kommission 18 Millionen Menschen, das sind 8,2 Prozent aller Beschäftigten in der EU. Der Umsatz belaufe sich auf 2,3 Bio. Euro. Allein die Stadt Amsterdam schätzt, dass sich durch besseres Recycling von hochwertigem Bioabfall ein jährlicher Mehrwert von 150 Mio. Euro schaffen ließe. Dadurch könnten in Amsterdam langfristig 1.200 neue Jobs entstehen, heißt es.

EU-UNTERNEHMEN STEHT VOR DER GRÜNDUNG

Europäer wollen gemeinsam Supercomputer entwickeln

Im November soll das neue EU-Gemeinschaftsunternehmen „EuroHPC“ zur Entwicklung so genannter Supercomputer gegründet werden und seine Arbeit aufnehmen, sobald die Unternehmensführung ernannt ist. Der EU-Ministerrat hat eine Anfang des Jahres von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung zur Gründung und Finanzierung des Gemeinschaftsunternehmens jetzt endgültig gebilligt. In diesem bündeln 25 europäische Staaten, darunter auch Deutschland, ihre Ressourcen zum Aufbau einer Hochleistungsrecheninfrastruktur (High Performance Computing – HPC).



Hochleistungsrechner sind in vielen Forschungsbereichen von entscheidender Bedeutung, etwa in der Medizin, Chemie, Physik, in der der Klima- oder Ingenieurwissenschaft.

> „Daten sind der Rohstoff unserer digitalen Wirtschaft. Wir brauchen Supercomputer, um sie zu verarbeiten, um künstliche Intelligenz zu entwickeln und um Lösungen für komplexe Fragen in Bereichen wie Gesundheit und Sicherheit zu finden“, sagte Andrus Ansip, der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission. „Die meisten Forscher und Unternehmen müssen sich heute die erstklassigen Computer, die sie brauchen, außerhalb Europas beschaffen. Die EU kann sich nicht leisten, hier zurückzufallen“, sagte Ansip.

Weltklasserechner zugänglich machen

Supercomputer sind Rechner, die komplexe Operationen ausführen können, welche mit Allzweckrechnern nicht möglich sind. Über EuroHPC sollen zwei „Weltklasse-Supercomputer“ im so genannten Vor-Exa-Bereich (hundert Milliarden bzw. 10 hoch 17 Rechenoperationen pro Sekunde) und mindestens zwei „Mittelklasse-Supercomputer“ (etwa 10 hoch 16 Operationen pro Sekunde) angeschafft werden. Das neue Unternehmen soll die Rechner möglichst vielen öffentlichen und privaten Nutzern zugänglich machen und außerdem daran mitarbeiten, bis 2022 oder 2023 europäische Superrechner im Exa-Bereich (eine Trillion, bzw 10 hoch 18 Operationen pro Sekunde) und die erste europäische Mikroprozessorgeneration mit geringem Stromverbrauch zu entwickeln.

EuroHPC soll seinen Sitz in Luxemburg haben. Von der bis 2020 vorgesehenen Investition von 1 Mrd. Euro sollen 486 Mio. Euro aus dem EU-

Haushalt kommen, der Rest von den Mitgliedstaaten. Zusätzliche Mittel von über 400 Mio. Euro werden laut Kommission von privaten Partnern bereitgestellt. Die Kommission hat vorgeschlagen, zwischen 2021 und 2027 insgesamt 2,7 Mrd. Euro in EuroHPC zu investieren.

Der schnellste Hochleistungsrechner der Welt steht derzeit in den USA, auf den nächsten Plätzen folgen Supercomputer aus China, den USA, erneut China und Japan. Das geht aus der halbjährlich aktualisierten Aufstellung der Organisation TOP500 hervor, die Ursprünge für das Ranking wurden an der Universität Mannheim gelegt. Die EU-Industrie verbraucht laut Kommission derzeit über ein Drittel der weltweiten Rechenleistung von Supercomputern, bietet aber selbst nur 5 Prozent davon an. Als schnellster Supercomputer in der EU wird „HPC4“ beim italienischen Unternehmen Eni auf Rang 13 der TOP500-Liste geführt. Das

Kooperation von 25 Ländern

Bisher haben laut EU-Kommission 24 EU-Staaten und Norwegen erklärt, dass sie sich EuroHPC anschließen wollen. Bei den EU-Staaten handelt es sich demnach um Deutschland, Portugal, Frankreich, Spanien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Belgien, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Tschechien, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Irland, Rumänien, die Slowakei, Ungarn, Österreich, Dänemark und Finnland.

Spitzenmodell in Deutschland ist auf Rang 23 „Juwels Module 1“ im Forschungszentrum Jülich. Auf Platz 27 findet sich „Hazel Hen“ im Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart und auf Rang 28 der Rechner „Cobra“ von der Max-Planck-Gesellschaft.

„Juwels“ ist in der Hirnforschung gefragt

Der in diesem Sommer installierte „Juwels“ verfügt über die Leistungsfähigkeit von 60.000 hochmodernen PCs. Er wird laut Forschungszentrum Jülich von europäischen Wissenschaftlern bereits stark nachgefragt und war Ende Juni über Monate ausgebucht. Eingesetzt wird „Juwels“ für aufwändige Simulationen, besonders in der Hirnforschung, bei der Entwicklung neuer Medikamente und beim Design neuer Materialien. Andere Wissenschaftler wollen den Supercomputer zur Entwicklung hochkomplexer Klimamodelle nutzen. Weitere Anwendungen betreffen die Bereiche künstliche Intelligenz, Sicherheit, Ingenieurwesen, Physik, Chemie und Astronomie.

„Ein Computer wie Juwels ist nichts, was man im Laden kaufen kann“, erklärte Professor Thomas Lippert, Direktor des Jülicher Supercomputing Centre. „Aber als eines der größten deutschen Forschungszentren sind wir in der Lage, in Zusammenarbeit mit unseren Partnern Atos aus Frankreich und ParTec in Deutschland die nächste Generation von Supercomputern selbst zu entwickeln“, sagte Lippert. (frh) >

■ *Europäischer Supercomputer*

Ausstellung will Brücke zwischen Kunst und Wissenschaft schlagen



Diese Luftaufnahme von Henry Fair zeigt den Braunkohletagebau im Hambacher Forst.

> „Diese innovative Ausstellung bietet Kunst, damit die Menschen selbst entdecken können, wie die auf der Wissenschaft beruhenden EU-Politiken ihnen in ihrem Alltag dienen und uns helfen, die großen Herausforderungen unserer Gesellschaften anzugehen“, sagte Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und verantwortlich für die Gemeinsame Forschungsstelle. Ausgangspunkt sind die an abstrakte Kunst erinnernden teils giftgrünen, teils feuerroten großformatigen Luftaufnahmen, die der Fotograf Henry Fair von Industriegebieten, Altlasten oder Fracking-Anlagen gemacht hat. Sie dokumentieren die teilweise katastrophalen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Natur. Die Aufnahmen der Serie „Industrial Scars“ sind weltweit entstanden, etwa auch über den Braunkohle-Tagebauebenen in Nordrhein-Westfalen und der Lausitz.

Persönliche Kontakte mit Wissenschaftlern

Ausgehend von den Bildern thematisiert die Ausstellung Umweltfragen rund um Ernährung, Energie, Luft, Wasser und Klima und beleuchtet etwa, wie sich unsere Ernährungsgewohnheiten auf das Weltklima auswirken oder was unsere Art, Waren zu verpacken, für die Belastung der Ozeane mit Kunststoffmüll bedeutet. Dabei werden Informationen nicht nur über Texte, Filme oder Exponate vermittelt, angeboten werden auch zahlreiche persönliche Begegnungen mit Wissenschaftlern und Kuratoren oder öffentliche Veranstaltungen. So steht etwa am 21. Oktober Andres Mora in der Reihe „Meet an

Expert“ zu Fragen rund um Klimaveränderung sowie Nutzung und Speicherung von CO₂ zur Verfügung, und am 26. November befasst sich die Veranstaltung „Climate Engineering“ mit Möglichkeiten des Klimaschutzes durch gezielte technische Eingriffe in die Natur.

„Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Bedeutung der europäischen Politik für ihren Alltag diskutieren und aufzeigen, dass diese auf soliden wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht“, erläuterte der ehemalige JRC-Direktor David Wilkinson. „In einer Demokratie werden die Werte der Menschen immer Vorrang vor Beweisen haben“, sagte EU-Kommissar Navracsics. „Aber in einer Zeit, in der die Rolle von Expertenwissen und Fakten bei der Entscheidungsfindung zunehmend in Frage gestellt wird, ist es entscheidend, den Bürgern zu zeigen, dass ihre Werte durch unsere Politik gut geschützt sind“, so Navracsics.

Digitale Ausstellung

Wer nicht nach Berlin kommt, kann sich eine digitale Version der Ausstellung ansehen (<https://ec.europa.eu/jrc/en/artefacts/digital-exhibition>). Im Museum für Naturkunde ist „ARTEFAKTE“ an allen Wochentagen außer montags geöffnet. Der Eintritt für Erwachsene kostet 8 Euro (5 Euro ermäßigt). Familien mit bis zu drei Kindern unter 14 Jahren zahlen 15 Euro, Gruppen ab 10 Personen den ermäßigten Preis.

Nachhaltiger Umgang mit der Umwelt und Klimaschutz sind Themen von herausragender Bedeutung für die Zukunft unseres Planeten und für künftige Generationen. Bei der zunehmenden Informationsflut ist es in der politischen Debatte darüber aber oft schwierig, Tatsachen und Meinungen zu unterscheiden. Die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Center - JRC) der EU-Kommission will nun, gemeinsam mit dem Museum für Naturkunde Berlin und dem US-Fotografen und Umweltmediziner Henry Fair, durch eine neuartige Ausstellung zu einer faktenbasierten Diskussion beitragen. „ARTEFAKTE“ heißt das Projekt, das vom 9. Oktober 2018 bis 8. September 2019 läuft und auf den beiden Säulen „Art“ (Kunst) und „Fakten“ basiert.

Versteckte Kosten unseres Lebensstils

Zum Beispiel möchte die Ausstellung den Wert energieeffizienter Technologien verdeutlichen, für deren Förderung sich die EU-Kommission einsetzt. Das Potenzial des Energiesparens wird daran deutlich, dass für die Herstellung der über sieben Milliarden seit 2007 produzierten Smartphones etwa 968 Terrawattstunden Strom nötig waren – was laut Ausstellung dem jährlichen Bedarf Indiens entspricht. Gezeigt werden sollen auch die verborgenen Kosten des permanenten Konsums von Erdbeeren, Fleisch, Wurst, Käse oder Milch in der westlichen Welt zu günstigen Preisen. Diese bestehen etwa in großem Land- und Wasserverbrauch auf der Südhalbkugel, in Belastung durch Pestizide, in Treibhausgasen, die beim Transport entstehen und im Verbrauch von Erdöl für Plastikverpackungen. Ein Rindfleisch-Hamburger mit Pommes Frites benötigt etwa 3,56 Quadratmeter Agrarfläche und verursacht 2,48 Kilogramm CO₂. Ein rotes Linsencurry komme dagegen mit einem Zehntel der Fläche und einem Drittel der Treibhausgase aus.

„Obwohl wir alle von der Natur abhängig sind, scheinen wir ihre Bedeutung für unser eigenes Wohlbefinden und unsere Zukunft nicht zu verstehen“, erklärte Johannes Vogel, Generaldirektor des Museums für Naturkunde. Die Ausstellung „ARTEFAKTE“ soll das ändern helfen. Finanziert wird sie über den Aktionsplan Leibniz-Forschungsmuseen, mit Bundes- und Landesmitteln. (frh) >

■ [Umwelt-Ausstellung ARTEFAKTE](#)

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 15.10.2018 13.00–14.30 Uhr	„European Trade Policy in Turbulent Times“ Vortragsveranstaltung mit EU-Kommissarin Cecilia Malmström Veranstalter: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin, Stiftung Mercator	Humboldt-Universität zu Berlin Unter den Linden 6 10117 Berlin	Anmeldung unter: www.eventbrite.de/e/hre-cecilia-malmstrom-eu-kommissarin-fur-handelsfragen-tickets-50728226491
> 15.10.2018 18.30 Uhr	„Digitaler Wandel: Wie zukunftsfest ist Europa?“ 29. Europäischer Abend Veranstalter: Europa-Union Deutschland, dbb beamtenbund und tarifunion	dbb forum Berlin Friedrichstraße 169 10117 Berlin	www.europa-union.de/index.php?id=24086&no_cache=1
> 16.10.2018 19.00–21.00 Uhr	„Die USA und ihre Beziehungen zur EU, zu Deutschland und Rhein-Main. Enge Partner auf schwieriger Wegstrecke“ Informationsveranstaltung mit der neuen Generalkonsulin der USA in Frankfurt Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Landeszentrale für Politische Bildung im Gebäude der Staatskanzlei Taanusstraße 4-6 65183 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2018/oktober/16/termin/einzel/die_usa_und_ihre_beziehungen_zur_eu_zu_deutschland_und_rhein_main.html
> 18.10.2018 18.00 Uhr	„Migration und Flucht: Wie soll die EU handeln? Was haben wir damit zu tun?“ Bürgerdialog Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V., EU-Kommission	MehrGenerationenHaus im Lindenquartier Bahnhofstraße 11b 16303 Schwedt/Oder	https://ec.europa.eu/germany/events/b%C3%BCrgerdialog-schwedtoder.de
> 19.10.2018 10.30 Uhr	„Europa vor Ort: Das EU-Projekt ASTUS - Projektvorstellung und Erfahrungsaustausch“ Informationsveranstaltung Veranstalter: europe direct Informationszentrum München	Münchner Stadtbibliothek Giesing Deisenhofener Straße 20 81539 München	www.muenchner-stadtbibliothek.de/info-service/veranstaltungen/veranstaltungen-detail/europa-vor-ort-das-eu-projekt-astus/
> 22.10.2018 19.00 Uhr	„Die Zukunft der EU-Finzen – Erwartungen und Herausforderungen: Was und wer finanziert die EU?“ Bürgerdialog Veranstalter: Europe Direct EUROPoint Ostalb, Aalen	Landratsamt Ostalbkreis Stuttgarter Straße 41 73430 Aalen	https://newsroom.ostalbkreis.de/sixcms/detail.php?template=newsroom_veranstaltungen&id=270049
> 22.10.2018 19.00 Uhr	„Europaforum: Farewell America? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: europe direct Informationszentrum München, Münchner Volkshochschule	Einstein 28 Einsteinstraße 28 81675 München	www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Europa/EDI/Events.html
> 23.10.2018 19.00 Uhr	„Reden wir über die Wendejahre“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Körber-Stiftung	KörberForum Kehrwieder 12 20457 Hamburg	www.koerber-stiftung.de/veranstaltungsuebersicht/reden-wir-ueber-die-wendejahre-2442
> 25.10.2018 18.00 Uhr	„Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ Bürgerdialog zur Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V.	Historisches Rathaus Jena Markt 1 07743 Jena	www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/BUERGERDIALOGE/Und_jetzt_Europa_2018/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de			

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EU-WETTBEWERB FÜR NACHWUCHSWISSENSCHAFTLER

Drei Deutsche unter den Gewinnern bei EUCYS

Anna Amelie Fleck und ihr Bruder Adrian haben sich eine neue Art von Schutzkleidung ausgedacht. Bei „FleckProtec“ handelt es sich um Protektoren aus einer weichen und biegsamen, mit einer stärkehaltigen Flüssigkeit gefüllten Silikonhülle. Bei Stürzen, etwa vom Motorrad, wird die Flüssigkeit fest. Mit ihrer Entwicklung landeten die Geschwister Fleck unter den drei Erstplatzierten beim Wettbewerb der EU-Kommission für Nachwuchswissenschaftler. Max von Wolff gewann den Sonderpreis der Europäischen Weltraumagentur ESA. Er hat eine Messmaschine für die Größe von Regentropfen entwickelt für gezieltere Wettervorhersagen.

Den Wettbewerb gibt es seit 1989. Sein Ziel ist es, für Austausch und Zusammenarbeit junger Wissenschaftler zu werben. Weitere Informationen liefert die EUCYS-Webseite.

■ [Nachwuchsforscher ausgezeichnet](#)

WETTBEWERB ERÖFFNET

„Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland gesucht

Welche deutsche Stadt darf den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ tragen? Die Kultusministerkonferenz und die Kulturstiftung der Länder rufen interessierte deutsche Städte auf, sich bis zum

30. September 2019 um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ zu bewerben. Die Ausschreibung wurde am 24. September veröffentlicht. Eine zwölfköpfige europäische Expertenjury wird nach einem zweistufigen Auswahlverfahren im Herbst 2020 ihren Favoriten empfehlen. Mit der Titelvergabe ist die Verleihung des Melina-Mercouri-Preises verbunden, der mit 1,5 Mio. Euro dotiert ist. Zeitgleich mit Slowenien ist Deutschland berechtigt, für das Jahr 2025 zum vierten Mal eine Europäische Kulturhauptstadt zu stellen.

Seit 1985 wurden über 50 Städte in der EU zur Kulturhauptstadt Europas ernannt. Ziel der Initiative ist es, den Reichtum und die Vielfalt der Kultur in Europa herauszustellen und die Gemeinsamkeiten zu fördern. Die Städte nutzen die Bühne laut EU-Kommission häufig, um ihr Kulturangebot zu entwickeln und international dafür zu werben.

■ [Zur Website der Kulturstiftung](#)



STADT ESSEN

Seminar für Europäisches Projektmanagement

Projekte zusammen mit Partnern im europäischen Ausland auf die Beine zu stellen ist ein komplexer Prozess. Als Hilfestellung für Mitarbeiter von Kommunen, Beteiligungsgesellschaften, Verbänden oder sonstigen interessierten Organisationen bietet die Stadt Essen am 29. Oktober ein Seminar für Europäisches Projektmanagement an. Dabei wird der Ablauf eines internationalen Vorhabens Schritt für Schritt erläutert, von der Planungs- bis zur Auswertungsphase. Vorgestellt werden sollen bewährte Methoden und Hilfsmittel für das Management.

Die Themenpalette reicht vom Aufbau von Projektpartnerschaften über die Entwicklung von Projektideen, die Gestaltung von Kooperationsverträgen bis zu Checklisten, Berechnungshilfen und zur Mediaplanung. Auch Tipps für die Antragsstellung sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen. Die einzelnen Etappen eines europäischen Projekts werden anhand eines konkreten Beispiels erklärt.

■ [Weitere Informationen zum Seminar](#)

VERORDNUNG IST IN KRAFT GETRETEN

Neue Projekte des Europäischen Solidaritätskorps können beginnen

Am 5. Oktober ist eine EU-Verordnung in Kraft getreten, die Rechtsgrundlage und Haushalt des von der EU-Kommission initiierten Europäischen Solidaritätskorps regelt. Das bedeutet „grünes Licht“ für viele neue Projekte. Das Europäische Solidaritätskorps ermöglicht es, Menschen und Gemeinschaften in Not zu helfen, gleichzeitig können die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre eigenen beruflichen Fähigkeiten und interkulturellen Kompetenzen verbessern. „Es wird mindestens 100.000 jungen Menschen ermöglichen, bis Ende 2020 an Solidaritätsprojekten teilzunehmen“, sagte der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige Kommissar Tibor Navracsics. Aus Deutschland haben sich bis September knapp 6.000 junge Menschen für das Korps registriert.

Europaweit haben 76.000 junge Menschen Interesse gezeigt, bei Solidaritätsaktionen zu helfen. Fast 9.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihre Aktivitäten bereits in Projekten begonnen, die sich mit verschiedenen Themen wie Umwelt, Kultur, sozialen Diensten, Flüchtlingshilfe, Unterstützung von Migranten, Kindern oder älteren Menschen befassen.

■ [Neue Projekte am Start](#)